

Auszug aus der Homepage eines zornigen Bürgers¹

•••

[Biden-Inauguration: »Die Medien« haben ja alle Maßstäbe verloren](#)

»Die Medien« unisono feiern einen Kriegstreiber, Sie feiern einen jener Halunken, die der Menschheit die größten Katastrophen bescherten.

[Bei Karl Doemens, für das RedaktionsNetzwerk Deutschland Korrespondent in Washington D.C., hört sich das so an:](#)

»Der Wechsel im Weißen Haus ist Anlass für Freude und Erleichterung.

Darf man einfach mal aufatmen und erleichtert sein? Vor zwei Wochen noch stand die amerikanische Demokratie ernsthaft auf der Kippe. Nun hat es – wenngleich unter monströsen Sicherheitsvorkehrungen – eine friedliche Machtübergabe gegeben und im Oval Office sitzt ein Präsident mit Erfahrung und klarem Kopf, der sich Recht und Gesetz verpflichtet fühlt. ...

Joe Biden ist ein Politiker, der mit Ernsthaftigkeit und Erfahrung nach echten Lösungen für Probleme sucht. Er ist ein anständiger Mensch, dessen Handeln einem klaren Wertegerüst entspringt. Und er tritt mit einem Kabinett an, das in seiner Buntheit die sexuelle und ethnische Vielfalt der USA widerspiegelt.«

Die Wahrheit:

Die überwiegend völkerrechtswidrigen Kriegsabenteuer des „anständigen Menschen, dessen Handeln einem klaren Wertegerüst entspringt“, haben Hunderttausende Menschen getötet, Millionen von ihnen heimatlos gebombt, zumeist völkerrechtswidrig. Wenn Assad, der in Syrien einen Verteidigungskrieg führt, »Schlächter von Damaskus« ist, was ist ER dann?

Joe Biden war als US-Senator vehementer Verfechter von US-Militärinterventionen, etwa in Jugoslawien 1999 oder in Afghanistan 2001. Und auch bei der Entscheidung, im Irak einzumarschieren und Saddam Hussein zu stürzen, spielte Biden eine entscheidende Rolle. 2003 präsentierte US-Außenminister Colin Powell der Welt angebliche Beweise dafür, dass der Irak über Massenvernichtungswaffen verfüge, doch die wurden nie gefunden. Die US-Regierung hatte die Welt belogen. George W. Bush hatte bei seinen Plänen einen mächtigen und einflussreichen Verbündeten, den demokratischen Senator Joe Biden, der einen Einmarsch im Irak schon Jahre zuvor gefordert hatte.

Biden war als Vizepräsident unter Barack Obama nicht nur für die Kriege im Jemen, in Libyen, Afghanistan und anderen Ländern mitverantwortlich. Er holt nun Lobbyisten eben jener Industrie ins sein Regierungsboot, die unmittelbar von diesen „ewigen Kriegen“ der

¹ Alle Inhalte, die auf der Webseite <https://www.jürgenbeineke.de> zu finden sind, werden – wenn nicht anders angegeben – als öffentliche Informationen zur Verfügung gestellt und dürfen zu Non-Profit- und Informationszwecken frei weiterverbreitet und/oder dafür kopiert werden. Jede kommerzielle Verwendung der Inhalte ohne schriftliche Genehmigung des Urheberrechtseigentümers ist untersagt.

USA profitiert. Als Obamas Vizepräsident hat Joe Biden zudem die Ukrainepolitik bis zum Sturz des prorussischen Staatschef Janukowitsch im Februar 2014 maßgeblich bestimmt.

...

Das [“Cost of War“-Projekt des “Watson Institute for International and Public Affairs”](#) untersuchte die Auswirkungen des von den USA nach dem 11. September 2001 entfachten “Kriegs gegen den Terror” und präsentierte nicht nur der ganzen Welt, sondern auch den heutigen Laudatoren des Bellizisten Joe Biden die fürchterliche Dimensionen ihrer Vernichtung:

In den vergangenen 18 Jahren kamen demnach über 800.000 Menschen durch direkte Kampfhandlungen der US-geführten Koalition ums Leben. Darunter zählen Zivilisten, NGO-Helfer, Journalisten, US-Soldaten und Söldner, Angehörige des US-Verteidigungsministeriums sowie Truppen, Polizisten und Rebellen, die an der Seite der US-Koalition kämpften.

Professor David Vine der American University, ein Vorstandsmitglied des “Cost of War Project”, betonte, dass die indirekte Opferzahl dieser Kriege in Afghanistan, im Irak, im Jemen, Pakistan und Syrien “generell viermal so hoch geschätzt” wird. Nach dieser Schätzung starben demnach mindestens 3,1 Millionen Menschen aufgrund der Kriegsfolgen (kein Zugang zu Nahrung, Wasser, Medizin, Infrastruktur etc.), “etwa 200-mal mehr als US-Tote”, sagte Vine. Die US-Führung trage die Hauptverantwortung für die Entfaltung von “katastrophalen Kriegen, die nie unausweichliche, sondern gewählte Kriege waren”. Rund 6,4 Billionen US-Dollar hat Washington dafür ausgegeben, Tendenz steigend.

Das Costs of War Project des Watson-Instituts für internationale und öffentliche Angelegenheiten an der renommierten Brown University in Providence im US-Bundesstaat Rhode Island ging in [seiner neuesten Untersuchung](#) der Frage nach, wie viele Menschen seit den Anschlägen vom 11. September 2001 durch die von den USA begonnenen Kriege zu Flüchtlingen wurden. Dabei haben sich die Wissenschaftler auf die acht blutigsten Kriege in Afghanistan, dem Irak, dem Jemen, Libyen, Pakistan, den Philippinen, Somalia und Syrien konzentriert.

Nach ihren [Berechnungen](#) wurden in diesen Ländern mindestens 37 Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht. Wie der Hauptverfasser der Studie, Professor David Vine von der American University in Washington D.C., festhält, ist diese Zahl eher am unteren Ende angesetzt. Realistischer wären 48 bis 59 Millionen Flüchtlinge, die ihre Heimat aufgrund der US-geführten Kriege verloren haben. Zusammen mit Taliban in Afghanistan, sunnitischen und schiitischen Milizen im Irak, al-Qaida, dem sogenannten Islamischen Staat und andere Staaten, Dschihadisten und Kämpfer, die ebenso für die Fluchtursachen verantwortlich sind. In diesen acht Ländern waren es allerdings die USA nebst Vasallen, die die bereits vorhandenen Faktoren wie Armut, Auswirkungen des Klimawandels und existierende Gewalt durch den Einmarsch, Drohnenkrieg oder als Hauptpartner einer kriegsführenden Partei massiv verschärft haben.

Seit 2001 sind die USA in mindestens 24 Ländern militärisch aktiv gewesen bzw. sind es in vielen nach wie vor, unterstützt von devoten Vasallen.

Joseph „Joe“ Robinette Biden, Jr., der „anständige Mensch, dessen Handeln einem klaren Wertegerüst entspringt“, ist ein US-amerikanischer Politiker der Demokratischen Partei und seit dem 20. Januar 2021 der 46. Präsident der Vereinigten Staaten. Von 1973 bis 2009 gehörte er als Vertreter des Bundesstaates Delaware dem Senat der Vereinigten Staaten an. – Seit 1973 ist der Mann also US-amerikanischer Berufspolitiker und als solcher prominenter Ko-Architekt des US-amerikanischen ewigen Krieges mit all seinem Leid und der verbrecherischen Umwelt-Zerstörung.

Update per 26. Januar 2021

Sie tricksen, haben es faustdick hinter den Ohren:

Auf den letzten Metern will der Washingtoner Sumpf aus US-Demokraten nebst medialer Entourage Donald Trump noch an die Karre pinkeln: Als Grundlage sollte Zusatzartikel 25 der US-Verfassung dienen. Demnach kann der Vizepräsident mit einer Mehrheit wichtiger Kabinettsmitglieder den Präsidenten für unfähig erklären, "die Rechte und Pflichten des Amtes auszuüben". – Doch Trumps Vizepräsident dachte gar nicht daran.

Dann lief ihnen die Zeit davon. – **Jetzt wollen sie ihn NACHTRÄGLICH aus jenem Amt jagen, das er gar nicht mehr innehat.**

Dafür wollen sie jetzt gegen Donald Trump ein Verfahren durchführen, für das es überhaupt keine gesetzliche Grundlage gibt.

SIE WOLLEN OFFENSICHTLICH DIE PERSÖNLICHE VENDETTA.

Doch der Oberste US-Richter John Roberts machte allerdings in Bezug auf das von den Demokraten initiierte Amtsenthebungsverfahren gegen Donald Trump klar, dass er es ablehnt, eine Rolle in einem Vorgang zu spielen, den die US-Verfassung gar nicht vorsieht.

Vor diesem Hintergrund haben die Demokraten den Senator Patrick Leahy aus dem Ärmel gezogen und ihn auserwählt, den Vorsitz im Amtsenthebungsverfahren ohne gesetzliche Grundlage gegen Trump zu übernehmen. Leahy gilt als Trump-voreingenommen.

Der Senator aus Vermont und vorläufige Vorsitzende des Senats, soll den Auftrag nun übernehmen, obgleich entsprechend US-Verfassung ausschließlich ein Oberster Richter und nur bei einer Klage gegen einen IM AMT BEFINDLICHEN Präsidenten oder Vizepräsidenten tätig werden kann.

Ein derartiges Verfahren gegen einen ehemaligen Präsidenten ist überhaupt nicht vorgesehen. Eine Tatsache, die Kritikern zufolge bedeutet, dass der Senat kein Recht hat, weiter gegen Trump vorzugehen.